

# WAS IST MIT BRASILIEN LOS?



## Neue Präsidentschaft: Abbau der Sozialpolitik und Verletzung der Menschenrechte.

Die neue brasilianische Präsidentschaft, unter der Führung von Jair Bolsonaro (PSL), ergriff in fünf Monaten eine Reihe von Maßnahmen, die schwerwiegende Auswirkungen auf die Menschenrechte der brasilianischen Bevölkerung haben, insbesondere auf die Rechte gesellschaftlicher Gruppen, die der Sozialpolitik am meisten bedürfen.

Durch den Erlass von Dekreten und vorläufigen Maßnahmen, ohne die erforderliche Debatte mit der Gesellschaft, koordiniert die Regierung – die von Militärs, Vertretern des Agrobusiness und der Waffenindustrie, sowie von religiösen Fundamentalisten gebildet ist, die generell von Korruptionsaffären belastete weiße Männer sind – einen beschleunigten Angriff gegen die Menschenrechte und die Umwelt und setzt das Ideal eines minimalen und zugleich militarisierten Staats durch, der die Aktionen sozialer Bewegungen kriminalisiert und verfolgt.

Zusätzlich zu dem Abbau der Sozialpolitik, verschärfen die jüngsten Entscheidungen die gesellschaftliche Verarmung und fördern die Zunahme der sozialen Ungleichheit. Diese Regierungsmaßnahmen stoßen jedoch auf wachsenden gesellschaftlichen Widerstand.

Nachstehend fassen wir die schwerwiegendsten Entscheidungen und Eigenschaften der neuen Präsidentschaft zusammen:

### Militarisierte und konservative Regierung

Neben der Vize-Präsidentschaft, die der General Hamilton Mourão innehat, werden weitere 130 Ämter von Vertretern der brasilianischen Streitkräfte besetzt. Sie vertreten insgesamt acht von 22 Ministerien und nehmen an verschiedenen Regierungsbereichen teil, wie z.B. Institutionelle Sicherheit, Infrastruktur, Verwaltungstransparenz, Bergbau und Energie, Technologie usw. Die Anzahl von Militärs in Machtpositionen ist heute größer als in der Zeit der Regierung des Generals Castelo Branco (1964-1967), die die erste Periode der brasilianischen Militärdiktatur darstellt.

Die Regierung hat auch eine religiös-fundamentalistische Flanke. Die neopentekostale Pfarrerin Damares Alves hat aktuell das Amt als Ministerin für Frauen, Familie und Menschenrechte inne. Die Ämter und Behörden, die für indigene Völker, *Quilombolas* (traditionellen afrobrasilianischen Gemeinschaften), die Agrarreform und die Umwelt zuständig sind, stehen zurzeit unter der Kontrolle von Vertretern der Agrarlobby und Gegnern der Agrarreform und der Rechte traditioneller Gemeinschaften.



**Ministério da Mulher, Família e Direitos Humanos**  
(Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte) - die neopentekostale Pfarrerin Damares Alves



**Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento**  
(Ministerium für Land-, Viehwirtschaft und Versorgung) - Agrar-Lobbyist Tereza Cristina



**Ministério do Meio Ambiente**  
(Umweltministerium) - Befürworter der Ausbeutung der Natur, Ricardo Salles



**Secretaria de Assuntos Fundiários**  
(Bundesamt für Landthemen) - Vorsitzender der União Democrática Ruralista - UDR (Demokratische Union der Ruralisten, konservativen Großgrundbesitzer), in Landkonflikten verwickelt, Luiz Antônio Nabhan Garcia

Fotos: Agência Brasil

### Abschaffung und Schwächung der Maßnahmenvorschriften zur Einhaltung der Menschenrechte und der zivilgesellschaftlichen Partizipationsorganen

Die Vorläufige Maßnahme 870/2019, erlassen am ersten Tag der neuen Regierung, schuf wichtige Ministerien (wie die Ministerien für Arbeit, Kultur und Sport), Ämter und Organen (die Ämter für Kleinbäuerliche Landwirtschaft, Agrarentwicklung, der Nationale Ausschuss für die Bekämpfung der Desertifikation und der Ausschuss zur Verwaltung des Klimawandelfonds) ab und transferierte Befugnisse zwischen den Organen.

Diese Maßnahme wurde dem Nationalkongress zur Beurteilung vorgelegt und kann verändert werden, sodass es noch die Möglichkeit besteht, dass die *Fundação Nacional do Índio* (Nationale Indianerstiftung) für die Demarkation indigener Territorien wieder zuständig gemacht wird. Zurzeit ist das Landwirtschaftsministerium, das unter der Führung von Agrarlobbyisten (*ruralistas*) und Gegnern der Indigenen-Politik liegt, für die Demarkation zuständig.

Das Dekret Nr. 9.759, erlassen im April, hat die Abschaffung von über 700 Gremien, Ausschüssen, Foren, Diskussionstischen und weiteren Dialogkanälen zwischen der Bundesregierung und der Bevölkerung als Ergebnis. Direkt benachteiligt wurden Arbeitsgruppen, die sich mit Politiken und Programmen beschäftigen, die für Behindertenrechte, LGBT-Rechte, die Abschaffung von Kinderarbeit und die Versorgung älterer Menschen bestimmt waren.

### Reformen und Maßnahmen mit schwerwiegenden sozialen Auswirkungen

Die neue Regierung hat als wichtigste Ziel die Verabschiedung der Rentenreform. Das Projekt hat schwerwiegendere Auswirkungen für die ärmere Bevölkerung, insbesondere Frauen und die Landbevölkerung. Die Reform wurde bereits dem Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vorgelegt. Als Gegenleistung für die Zustimmung der Abgeordneten hat die Bundesregierung Beträge im Wert von 1 Milliarde Reais versprochen, die die Abgeordneten für ihre eigenen politischen Projekte verwenden können.

**Mit sozialer Sicherheit:**  
8,7% der Menschen über 65 Jahre überleben mit der Hälfte eines Mindestgehalts

**Ohne soziale Sicherheit:**  
alte Bevölkerung im Armut übersteigt **65%**  
(Anfip/Dieese 2017)

Als Erpressungsinstrument zur Verabschiedung der Rentenreform ordnete das Bildungsministerium (MEC) die sofortige Sperrung von 23% des Budgets sämtlicher Bildungsebenen an.



Bei den Universitäten liegt die gesamte Ausgabenkürzung in Höhe von **R\$2,1 Milliarden**. An jede Universität kann die Ausgabe um eine Prozentzahl zwischen **15,82% und 53,96%** reduziert werden.

(Quelle: Andifes)



Das Budget des Förderungsprogramms für die Verbesserung der Infrastruktur von Einrichtungen der Primarschule wurde um **R\$273,3 Millionen, 30%** des jährlichen Budgets, reduziert.



Das Budget Alphabetisierungsprogramms für junge Menschen und Erwachsenen wurde um **R\$14 Millionen, 41%** des Budgets, reduziert

### Die Befürwortung der Gewalt gegen Armen, Schwarzen und Frauen

Die Unterzeichnung des Dekrets Nr. 9.875/2019, das den Zugang zu Schusswaffen in Brasilien erleichtert, wird die bereits alarmierenden Zahlen der Schusswaffengewalt erhöhen. Brasilien hat den ersten Platz im Weltranking der Toten durch Schusswaffen (Global Mortality from Firearms, 1990-2016) mit 43.200 Toten pro Jahr. Die Regierung hat angekündigt, dass sie dem Kongress ein Projekt vorlegen soll, das die Grundbesitzer von der strafrechtlichen Verantwortung befreit, wenn sie auf LandbesetzerInnen schießen, was auf eine Erhöhung von gewalttätigen Landkonflikten hindeutet.

Der Justizminister Sérgio Moro stellte außerdem am Anfang Februar ein „Antikriminalitätsprojekt“ vor, in dem er Änderungen im Strafgesetzbuch vorschlägt, die die polizeiliche Gewalt gleichsam legalisiert. Das Projekt von Moro befreit Polizisten im Dienst von der Verantwortung für etwaige Tötungen von Zivilisten und gestattet die sogenannte „Tötungserlaubnis“.

**71%** der Todesfälle wurden durch Schusswaffen verursacht  
(Ipea 2018)

**50%** der Todesfälle von Frauen wurden durch Schusswaffen verursacht  
(Datatus 2018)

**2018 wurden fast 1 Million Menschen von Landkonflikten betroffen**  
(Quelle: CPT)

### Kriminalisierung und Verfolgung sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen

Maßnahmen wie die MP 870 (Art.5) und die dem Kongress zur Abstimmung vorgelegten Gesetzentwürfe verschärfen die Verfolgungs- und Kriminalisierungsmethoden gegen den sozialen Bewegungen und die Opposition, sowie dessen Führung, und haben als Ziel, die Aktionen der sozialen Bewegungen als terroristische Aktivitäten einzustufen. Darunter können die Gesetzentwürfe 9604/18, 955/18 und 272/16 hervorgehoben werden.

# BRASILIANISCHE SOZIOBIODIVERSITÄT unter Gefahr



Brasilien ist das einzige lateinamerikanische Land, mit dem Deutschland eine strategische Partnerschaft hat, und ist auch Deutschlands zweitgrößter Handelspartner in der Region. Der Schutz der Umwelt, der Biodiversität und des Klimas sind zentrale Themen der bilateralen Gespräche.

Diese Bereiche sowie der Schutz der Menschenrechte und der traditionellen Völker und Gemeinschaften – die für die Bewahrung der Biodiversität größtenteils verantwortlich sind – wurden in den ersten Monaten der Regierung Bolsonaros Opfer zunehmender Angriffe.

In diesem Szenario kann der internationale Druck neben dem internen Widerstand einen wichtigen Einfluss auf die brasilianische Regierung ausüben, was zum Beispiel die Rücknahme des angekündigten Ausstiegs aus dem Pariser Klimaschutzabkommen angeht. Auf dem Spiel steht zudem das starke wirtschaftliche Interesse deutscher Unternehmen an der Ausbeutung der Umwelt, das von den brasilianischen Ministerien für Landwirtschaft und Umwelt begrüßt wird.



BASF und Bayer(-Monsanto) sind 2 der 4 großen Players auf dem internationalen Markt für Saatgut und Agrochemikalien und profitieren durch den Verkauf dieser Produkte in Brasilien, der weltgrößte Verbraucher von Agrogiften. Das krebserregende Glyphosat, das am häufigsten gebrauchte Herbizid in Brasilien, wird von Bayer(-Monsanto) verkauft. Außerdem verkauft das Unternehmen andere 110 Arten von Agrochemikalien, unter denen viele, die Wirkstoffe enthalten, die in der Europäischen Union bereits verboten sind.



Unter den brasilianischen Exporten nach Deutschland liegen auf dritten Platz die Tierfutterprodukte aus Soja. Die Sojaproduktion steht im Zusammenhang mit der zunehmenden Vertreibung indigenen Völker, traditioneller Gemeinschaften, Kleinbäuerinnen und -bauern aus ihren Territorien.

## 86 transgene Varietäten

**39** von Bayer/Monsanto

**27** von Dow/DuPont

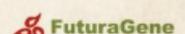
**15** von Syngenta

**2** von BASF

**2** von CTC

**1** von Embrapa

**1** von Futuragene



## Agrochemikalien

Indem die brasilianische Regierung die Forderungen der Agrarlobby unterstützt, begünstigt sie die Zirkulation hochgiftiger Produkte.



**Der Vertrieb von 2232 Agrochemikalien wurde in Brasilien zugelassen.**



**Ab Januar 2019 wurde der Vertrieb von noch weiteren 197 neuen Agrochemikalien zugelassen.**

Damit bleibt Brasilien der weltgrößte Verbraucher von Agrochemikalien, wobei das Land diesen Platz seit 2008 besetzt. Agrochemikalien werden insbesondere für den Anbau von Soja, Mais, Baumwolle und Zuckerrohr angewendet, die genau die landwirtschaftlichen Kulturpflanzen sind, die die meisten zugelassenen transgenen herbizidtoleranten Varietäten haben. Der Nationaler Technischer Ausschuss für Biosicherheit (*Comissão Técnica Nacional de Biossegurança - CTNBio*) erteilte kommerzielle Zulassungen für 86 Varietäten genetisch modifizierter Pflanzen, wobei 66 Varietäten unter ihnen zur Entwicklung einer Herbizidtoleranz modifiziert worden sind.

Der Rückgangsszenario für die brasilianische Agrobiodiversität kann noch schlimmer werden, wenn das sogenannte „Gift-Paket“ von dem Nationalkongress verabschiedet wird. Im Gesetzentwurf Nr. 6299/2002 ist der Vorschlag inbegriffen, die aktuellen Agrochemikaliengesetze in dem Sinn zu ändern, dass die Anträge auf die Zulassung für die Kommerzialisierung von Agrochemikalien flexibilisiert und beschleunigt werden, wobei die Risiken für die menschliche Gesundheit und die Biodiversität minimiert werden.

Gegen das „Gift-Paket“ wurde dem Nationalkongress ein Gesetzentwurf zur Abstimmung vorgelegt, die eine Nationale Politik zur Reduktion der Anwendung von Agrochemikalien (PNARA) einführt und als Ziel hat, Einschränkungsmaßnahmen für die Anwendung von Agrochemikalien zu schaffen und den Übergang zu nachhaltigen Modellen bei der Agrarproduktion, wie z.B. die Agroökologie, zu unterstützen.

## Traditionelle Völker und Gemeinschaften

Die Ausweitung der Agrargrenzen in Brasilien führt nach schwerwiegenden Änderungen der Gesetzgebung allmählich zur Umgestaltung der Landstruktur. Das Gesetz Nr. 13.465/2017, das sogenannte „Land-Grabbing-Gesetz“ (*Lei da Grilagem*), hat die Grundlagen der brasilianischen Agrarreform verändert und die Möglichkeit eröffnet, staatliche Grundbesitz, Wälder, Gewässer und Inseln zu privatisieren, insbesondere in Amazonien und in der brasilianischen Küste. Dieses Gesetz erleichtert nicht nur das Land-Grabbing, sondern individualisiert auch die für die Agrarreform bestimmte Landflächen, wodurch ihr Verkauf wieder erlaubt ist, was zu einer erneuten Konzentration des Landbesitzes führen kann.

Eine weitere Front des Angriffs innerhalb der brasilianischen Legislative ist die Aneignung des geistigen und genetischen Eigentums der traditionellen Völker und Gemeinschaften, ohne ihre Zustimmung und ohne ihre Teilhabe an den Gewinnen, was die Ausweitung der Biopiraterie als Ergebnis hat.

Mit der Abschaffung oder der Schwächung der Organe zur sozialen Teilnahme und Kontrolle, wie z.B. die Gremien, haben diese Völker und Gemeinschaften weniger Möglichkeiten zur Erstattung von Anzeigen, zur Überwachung und zur Einflussnahme auf die öffentlichen Politiken.

### • CAR, UCS und die Rolle des deutschen Staats

Das brasilianische Umweltministerium (MMA) ist für das *Sistema Nacional de Cadastro Ambiental Rural* (Nationale Umweltlandwirtschaftliches Registersystem -SICAR) und für die Verwaltung der Naturschutzgebiete (UCs) zuständig und erhält, insbesondere seit 1992, Beiträge für die Durchführung der Umweltpolitiken.

Im Jahr 2017 erhielt das Umweltministerium Beiträge von GIZ und KfW im Wert von 23 Millionen Euro im Rahmen der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit für Nachhaltige Entwicklung, die für Ortschaften in Amazonien bestimmt waren. Die brasilianische Regierung wird jedoch seit 2014 von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen an den Pranger gestellt, weil sie die traditionellen Völker im SICAR unsichtbar machte und die nachträgliche Regularisierung der großen Landgüter, die mit der Produktion von Commodities in Verbindung sind, bevorzugte.

Der Bundesstaat Mato Grosso, der sich als Vorreiter präsentiert, hat über 15 Millionen Euro erhalten, dennoch kein einziges Quilombola-Territorium in seiner Datenerfassung angegeben, obwohl viele traditionellen Gemeinschaften in diesem Bundesstaat leben.

Die Verringerung der Schutzgebiete durch die Aktionen des ehemaligen-Präsidenten Michel Temer, die von dem aktuellem Präsidenten laut seinen eigenen Versprechen weitergeführt werden sollen, steht im Gegensatz zur Zusammenarbeit zwischen Brasilien und Deutschland für Stärkung des Fundo Amazônia (Amazonien-Fonds), für den Schutz von Indigenen Gebieten und für die Konsolidierung des SNUC (Nationales System der Naturschutzgebiete) – so wie die **BMZ, BMU** und **GIZ** sie erhoffen.